

KONSERVATIVEZUKUNFT

AUSGABE 001 / 12. JULI 2026

FAMILIE TRÄGT ZUKUNFT.

Familie, Pflege und die Zukunft
politischer Verantwortung.

DEUTSCHLAND BEWAHREN. ZUKUNFT GESTALTEN.

AUSGABE 001

In dieser Ausgabe

Ein Leitartikel, zwei Analysen, ein Kommentar und sechs belegte Kennzahlen. Klar im Standpunkt, sauber in den Fakten.

TITELTHEMA

Familie trägt Zukunft

Familie erzieht, pflegt und gibt Verantwortung weiter. Die geplante Reform muss diese Leistung stärken, statt sie als stille Reserve zu behandeln.

ANALYSEN

Pflege und Demografie

4,89 Millionen Menschen werden zu Hause versorgt. 654.241 Kinder wurden 2025 geboren.

KOMMENTAR

Vier Euro sind keine Familienoffensive

Das Kindergeld stieg auf 259 Euro. Eine politische Wende ist das nicht.

FÜNF PUNKTE

Die Woche in fünf Punkten

Pflegegrad 1, Entlastungsbudget, Rentenbeiträge, Kindergeld und Demografie.

86 %

der Pflegebedürftigen
wurden 2023 zu Hause
versorgt

70 %

der bisherigen
Rentenbeiträge künftig

1,32

Kinder je Frau im Jahr 2025

**STANDPUNKT
UND SORGFALT
GEHÖREN
ZUSAMMEN.**

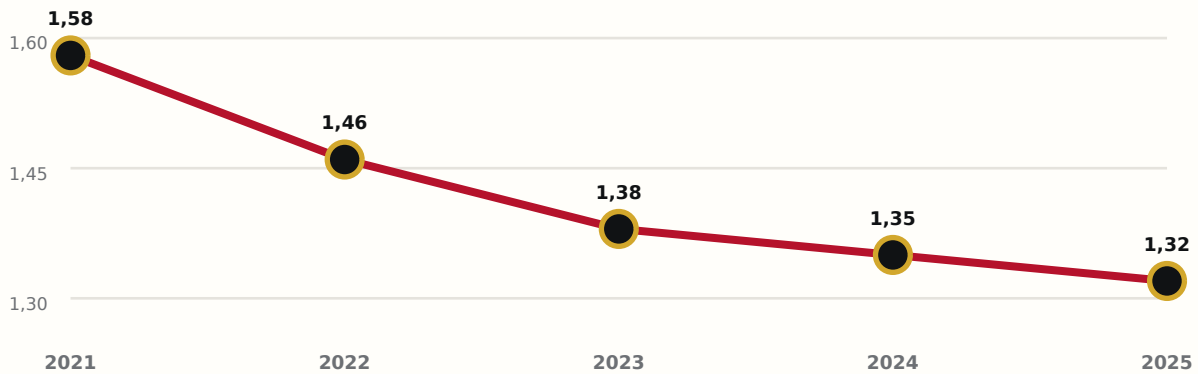
Konservative Zukunft argumentiert aus einer klaren Haltung. Tatsachen, Daten und Zitate werden trotzdem bis zur Originalquelle geprüft.

GRAFIK & KARIKATUR

DIE LAGE AUF EINEN BLICK

Fünf Jahre. Ein klares Gefälle.

Zusammengefasste Geburtenziffer, Kinder je Frau



Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand 1. Juli 2026

KARIKATUR

Entlastung nach Ministeriumsart



„Wir entlasten die Angehörigen.“ – Das Gewicht bleibt, der Zettel ist neu.

TITELTHEMA / LEITARTIKEL

Familie trägt Zukunft

Familie erzieht Kinder, pflegt Angehörige und gibt Verantwortung weiter. Wer sie politisch lobt, darf sie finanziell nicht schwächen.

REDAKTION / 12. JULI 2026 / 7 MINUTEN

Familie ist die erste Gemeinschaft des Landes. Sie erzieht Kinder, pflegt Angehörige, hält Generationen zusammen und gibt Verantwortung weiter. Diese Arbeit schafft keine Schlagzeilen. Ohne sie verliert ein Gemeinwesen jedoch sein Gedächtnis, seine Fürsorge und seine Zukunft.

Das Bundesgesundheitsministerium verspricht, pflegende Angehörige zu entlasten. Im selben Fragenkatalog zum Pflege neuordnungsgesetz steht, dass der Entlastungsbetrag von 131 Euro im Pflegegrad 1 entfällt, neu Eingestufte der Pflegegrade 2 und 3 drei Monate lang nur das halbe Entlastungsbudget erhalten und die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige auf 70 Prozent der bisherigen Beträge begrenzt werden sollen. Selten lässt sich der Widerspruch deutscher Familienpolitik so sauber in einem Dokument nachlesen.

Die Pflegeversicherung braucht eine Reform. Darüber muss man nicht streiten. Nach der Pflegestatistik 2023 lebten 5,7 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland. Das Ministerium spricht inzwischen von mehr als sechs Millionen. Zugleich kamen 1998 noch 29 Beitragszahlende auf einen Leistungsempfänger, 2025 waren es nach Angaben des Ministeriums nur noch zehn. Wer diese Entwicklung mit einem neuen Schlagwort und einem weiteren Darlehen überdecken will, verweigert die Wirklichkeit.

Doch eine Versicherung ist nicht allein deshalb saniert, weil sie Leistungen kürzt und Lasten verlagert. Pflege ist Familienpolitik. 4,9 Millionen Pflegebedürftige, also 86 Prozent, wurden 2023 zu Hause versorgt. 3,1 Millionen erhielten ausschließlich Pflegegeld und wurden überwiegend von Angehörigen gepflegt. Der größte Pflegedienst des Landes hat keine Personalabteilung, keine Tarifkommission und keine Pressestelle. Er besteht aus Ehepartnern, Kindern und Enkeln.

Diese Arbeit ist nicht kostenlos, nur weil sie keine Rechnung erzeugt. Wer einen Angehörigen pflegt, fährt zu Ärzten, füllt Anträge aus, organisiert Medikamente und übernimmt körperlich schwere Aufgaben. Häufig sinkt zugleich das Erwerbseinkommen. Das Risiko wird doppelt privat: zunächst durch die tägliche Pflege, später durch geringere Rentenansprüche. Jede Reform, die diese Folgekosten ausblendet, rechnet nicht sparsamer. Sie verschiebt die Rechnung aus dem Bundeshaushalt in die Biografien der Familien.

Der Staat braucht familiäre Pflege. Er darf die Familie nicht als kostenlose Reserve behandeln.

Die Reform hat eine vernünftige Seite

Der Entwurf enthält sinnvolle Bausteine. Leistungen sollen in Budgets gebündelt werden. Eine feste Pflegebegleitung soll Familien durch Anträge und Versorgungsfragen führen. Für akute Notlagen ist ein Überbrückungsbudget vorgesehen. Ein digitales Pflege-Cockpit soll Informationen zusammenführen. Ab 2028 sollen Leistungsbeträge jährlich an die Inflation angepasst werden. Das ist mehr als Kosmetik. Weniger Bürokratie und eine verlässliche Ansprechperson können im Pflegealltag tatsächlich helfen.

Auch höhere Schwellen bei der erstmaligen Einstufung sind nicht automatisch unvertretbar. Ein Sozialstaat muss Fehlanreize prüfen und seine Leistungen auf tatsächliche Bedürftigkeit konzentrieren. Bereits anerkannte Pflegegrade sollen geschützt bleiben. Konservative Politik darf finanzielle Grenzen nicht leugnen. Sie muss aber entscheiden, wo gespart wird - und welche Institutionen sie schützen will.

Zur Wahrheit gehört auch die Einnahmeseite. Der Zuschlag für Kinderlose soll um 0,1 Prozentpunkte auf 0,7 Prozent steigen. Die Beitragsbemessungsgrenze soll angehoben werden, Arbeitgeber sollen auf Minijob-Löhne Pflegebeiträge zahlen. Das Ministerium will den allgemeinen Beitragssatz damit stabil halten. Man kann diese Gewichtung vertreten. Sie zeigt jedoch, dass der Entwurf keineswegs allein kürzt. Umso weniger gibt es einen Grund, gerade die familiäre Pflege als bequemsten Sparposten zu behandeln.

Beratung bezahlt keine Hilfe

Im Pflegegrad 1 soll der monatliche Entlastungsbetrag von 131 Euro entfallen. Dafür verspricht das Ministerium intensivere Begleitung und Präventionsangebote. Beratung kann Orientierung geben. Sie putzt aber keine Wohnung, kauft keine

Lebensmittel ein und verschafft einer erschöpften Tochter keinen freien Nachmittag. Wer eine Geldleistung durch Hinweise ersetzt, darf das nicht Entlastung nennen.

Noch deutlicher wird die Schieflage bei neu eingestuften Pflegebedürftigen der Grade 2 und 3. In den ersten drei Monaten soll nur die Hälfte des neuen Entlastungsbudgets fließen. Ausgerechnet dann müssen Familien Arbeitszeiten ändern, Hilfsmittel beschaffen und Dienste organisieren. Das Ministerium begründet die Kürzung offen auch mit der finanziellen Stabilisierung der Versicherung. Der ehrliche Satz lautet also: In der schwierigsten Anfangsphase wird gespart, weil dort kurzfristig Geld zu holen ist.

Auch die Alterssicherung trifft den Kern familiärer Verantwortung. Wer für die Pflege seine Erwerbsarbeit einschränkt, verliert Einkommen und berufliche Chancen. Die Pflegeversicherung gleicht einen Teil davon durch Rentenbeiträge aus. Künftig sollen nur noch 70 Prozent der bisherigen Beträge gezahlt werden. Bestehende Ansprüche bleiben, künftige fallen niedriger aus. Der Staat belohnt die Übernahme von Verantwortung mit einer kleineren Rente.

Wahlfreiheit statt Modellzwang

Ab 2028 soll außerdem die beitragsfreie Mitversicherung von Ehe- und Lebenspartnern eingeschränkt werden. Vorgesehen ist ein Zuschlag von 0,52 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen des Mitglieds. Eltern mit Kindern unter sieben Jahren, pflegende Partner und einige weitere Gruppen bleiben ausgenommen. Familien mit älteren Kindern können dennoch zusätzlich belastet werden. Erziehungsarbeit endet aber nicht am siebten Geburtstag.

Ein konservativer Sozialstaat schreibt Familien nicht vor, wie sie Erwerbs- und Sorgearbeit aufteilen. Er schützt ihre Wahlfreiheit. Wer Erwerbsarbeit zurückstellt, um Kinder zu erziehen, einen Haushalt zu führen oder Angehörige zu pflegen, leistet Arbeit von bleibendem Wert. Wer das Doppelverdienermodell zur stillen Norm erklärt, behandelt jede andere Arbeitsteilung als Abweichung. Das ist nicht modern. Es ist bloß eine neue Form staatlicher Bevormundung.

Die bessere Reform behält Pflegebegleitung, Notfallbudget, Digitalisierung und jährliche Anpassungen. Sie kürzt nicht pauschal die Rentenansprüche pflegender Angehöriger. Sie sichert die ersten Pflegemonate vollständig ab. Sie finanziert versicherungsfremde Leistungen transparent aus Steuern und spart zuerst bei Verwaltung und Fehlsteuerung, nicht bei der Familie.

Vor allem müsste die Bundesregierung offen benennen, welchen Anteil familiäre Pflege dauerhaft tragen soll. Wer Leistungen zu Hause voraussetzt, muss auch Auszeiten, Ersatzpflege und Alterssicherung verlässlich finanzieren. Wahlfreiheit existiert nur, wenn eine Familie sich sowohl für eigene Pflege als auch für professionelle Hilfe entscheiden kann, ohne durch Überforderung oder Geldmangel in ein Modell gedrängt zu werden.

Schwarz-Rot will eine Reform vorlegen, die gleichzeitig modernisiert, stabilisiert und entlastet. Das klingt nach

dem üblichen politischen Dreisatz, bei dem am Ende jemand die Rechnung bezahlt. Diesmal sind es vielfach jene, die längst zahlen: mit Beiträgen, mit Arbeitszeit und mit den Nächten, in denen kein Ministerium die Pflege übernimmt. Familie trägt Zukunft. Eine Regierung, die sie schwächt, saniert nicht den Sozialstaat. Sie verbraucht sein Fundament.

ANALYSE / PFLEGE

Der größte Pflegedienst ist die Familie

4,89 Millionen Menschen wurden 2023 zu Hause versorgt. Die unsichtbare Infrastruktur des Pflegesystems hat keinen Dienstplan.

REDAKTION / 12. JULI 2026

Deutschland hatte Ende 2023 rund 5,7 Millionen Pflegebedürftige. 4,89 Millionen von ihnen wurden zu Hause versorgt. Das sind 86 Prozent. Nur 800.000 Menschen lebten in vollstationärer Pflege. Diese Verteilung ist keine Randnotiz der Sozialstatistik. Sie ist der Bauplan des gesamten Systems.

Von den zu Hause Versorgten erhielten 3,1 Millionen ausschließlich Pflegegeld. Sie wurden überwiegend durch Angehörige gepflegt. Weitere 1,1 Millionen lebten ebenfalls in Privathaushalten und wurden gemeinsam mit oder vollständig durch ambulante Dienste versorgt. Hinzu kamen 680.000 Menschen mit Pflegegrad 1, die keine ambulanten Pflege- oder Betreuungsdienste nutzten.

Die Gruppen unterscheiden sich, doch die politische Folgerung bleibt dieselbe. Selbst dort, wo ein ambulanter Dienst kommt, verschwinden die Aufgaben der Familie nicht. Zwischen zwei Einsätzen müssen Mahlzeiten, Medikamente, Wege und unvorhergesehene Krisen organisiert werden. Professionelle Pflege ergänzt Angehörige in vielen Haushalten; sie ersetzt sie nicht.

Eine Leistung ohne Marktpreis

Die Pflege von Vater, Mutter oder Ehepartner erscheint nicht vollständig in der volkswirtschaftlichen Rechnung. Sie wird selten als Arbeitsleistung behandelt, obwohl sie Zeit, Kraft und Einkommen kostet. Angehörige koordinieren Termine, übernehmen Körperpflege, Haushalt und Nachtwachen. Viele reduzieren ihre Erwerbsarbeit. Das spart dem Gemeinwesen enorme professionelle Kapazitäten, ohne dass dafür eine Rechnung gestellt wird.

Politisch entsteht daraus eine gefährliche Versuchung. Was Familien aus Bindung leisten, wird als unbegrenzt verfügbare Reserve behandelt. Neue Aufgaben lassen sich in die Privathaushalte verschieben, solange die Überforderung nicht in einer Haushaltszeile auftaucht. Der Sozialstaat wird auf dem Papier effizienter und im Wohnzimmer härter.

Deshalb braucht die Pflegepolitik neben Kassenkennzahlen eine Belastungsbilanz. Wie viele Erwerbsstunden geben Angehörige auf? Wie lange warten sie auf Ersatzpflege? Wie häufig brechen Versorgungsarrangements zusammen, weil eine Hauptpflegeperson erkrankt? Wer diese Fragen nicht misst, bemerkt das Versagen erst, wenn die Familie

nicht mehr kann und eine teurere stationäre Lösung nötig wird.

Geld und Dienste erfüllen verschiedene Aufgaben

Der Entlastungsbetrag von 131 Euro im Pflegegrad 1 ist klein. Gerade deshalb ist seine geplante Abschaffung aufschlussreich. Das Ministerium will stattdessen Beratung und Prävention ausbauen. Beides kann sinnvoll sein. Aber Geld, Beratung und professionelle Hilfe sind keine austauschbaren Größen. Eine Familie, die eine Haushaltshilfe bezahlt, braucht nicht zwingend ein weiteres Gespräch. Eine überforderte Pflegeperson braucht möglicherweise Zeit, nicht Hinweise.

Dasselbe gilt für die ersten drei Monate nach einer Einstufung in Pflegegrad 2 oder 3. Der PNOG-Entwurf sieht dann nur das halbe Entlastungsbudget vor. Die neue Pflegebegleitung soll den Einstieg erleichtern. Doch die organisatorische und finanzielle Belastung beginnt gleichzeitig. Beratung kann ein Versorgungsnetz planen; sie ersetzt nicht die Leistung, die dieses Netz erbringen soll.

Eine konservative Rangfolge

Eine vernünftige Pflegepolitik trennt drei Aufgaben. Familien leisten persönliche Zuwendung, die kein Amt herstellen kann. Ambulante Dienste liefern Fachlichkeit und verlässliche Entlastung. Der Staat sichert Finanzierung, Qualität und Wahlfreiheit. Sobald eine Ebene die Arbeit der anderen verdeckt übernehmen muss, beginnt das System zu kippen.

Die Familie soll Verantwortung tragen können. Sie darf dazu nicht gezwungen werden. Wer sie als Fundament bezeichnet, muss sie zuerst vor Überlastung schützen. 86 Prozent häusliche Versorgung sind ein Zeugnis großer Bereitschaft. Sie sind kein Freibrief für den nächsten Griff in die stille Reserve.

ANALYSE / DEMOGRAFIE

1,32 Kinder: Deutschland lebt von der Substanz

654.241 Geburten im Jahr 2025: Der niedrigste Stand der Nachkriegszeit verlangt mehr als routinierte Förderversprechen.

REDAKTION / 12. JULI 2026

654.241 Kinder wurden 2025 in Deutschland geboren. So wenige waren es in keinem Jahr der Nachkriegszeit. Die zusammengefasste Geburtenziffer sank nach endgültigen Angaben des Statistischen Bundesamtes auf 1,32 Kinder je Frau. Im Vorjahr waren es 1,35. Seit 2022 geht die Zahl kontinuierlich zurück.

Die nüchterne Statistik trifft auf ein politisches Ritual. Nach jeder neuen Zahl versichert die Regierung, wie viel Geld bereits in Familien fließe. Im Bundestag verwies die Union im Mai auf weit über 100 Milliarden Euro, die Bund, Länder und Kommunen jährlich mobilisierten. Der Hinweis soll die Debatte beenden. Tatsächlich eröffnet er sie: Wenn die Ausgaben hoch und die Ergebnisse schwach sind, muss über Wirkung gesprochen werden.

Der Befund ist breiter als ein Milieu

Die Geburtenziffer sank 2025 sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Frauen um rund drei Prozent. Bei deutschen Frauen lag sie bei 1,20, bei ausländischen Frauen bei 1,78. Zwischen den Ländern reichte die Spanne von 1,16 in Sachsen bis 1,38 in Niedersachsen. Der Rückgang ist weder mit einem einzigen Rollenbild noch mit einer einzelnen wirtschaftlichen Kennzahl erklärt.

Gerade diese Breite macht einfache Schuldzuweisungen unbrauchbar. Der Rückgang betrifft unterschiedliche Regionen, Staatsangehörigkeiten und Lebensentwürfe.

Er hat materielle Ursachen: Wohnkosten, unsichere Erwerbsbiografien, fehlende Betreuung und die Sorge vor dauerhaftem Wohlstandsverlust. Er hat auch eine kulturelle Seite. Eine Gesellschaft, die Bindung vor allem als Risiko beschreibt, darf sich über Bindungsscheu nicht wundern. Familienpolitik besteht deshalb nicht aus einer Prämie. Sie besteht aus Verlässlichkeit und gesellschaftlicher Anerkennung.

Krahs richtiger Alarm und seine offene Rechnung

Maximilian Krah sagte am 7. Mai im Bundestag, die Fertilitätsrate könne bis zum Ende des Jahrzehnts auf ein Kind je Frau fallen. Er verband den Geburtenrückgang zu Recht mit der Zukunft umlagefinanzierter Sozialsysteme und ganzer Regionen. Dieser Zusammenhang ist der prüfbare Kern

seiner Wortmeldung. Wer weniger nachwachsende Beitragszahler hat, kann Renten, Pflege und Infrastruktur nicht auf Dauer unverändert finanzieren.

Die konkrete Prognose von einem Kind je Frau belegt das aktuelle Destatis-Material jedoch nicht. Die amtliche Statistik weist 1,32 aus und beschreibt einen anhaltenden Rückgang. Sie veröffentlicht keine entsprechende Vorhersage für 2030. Eine konservative Zeitung verliert nichts, wenn sie diese Grenze benennt. Im Gegenteil: Der belegte Befund ist ernst genug. Er braucht keine ungesicherte Zuspitzung.

Der Staat hat Grenzen - und Pflichten

Kinder sind kein staatliches Produktionsziel. Der Einwand der Union gegen demografische Planwirtschaft ist richtig. Daraus folgt aber keine politische Unzuständigkeit. Der Staat setzt Steuern, Wohnungsrecht, Betreuung, Bildung und Sozialbeiträge. Er prägt damit die Bedingungen, unter denen Paare eine Familie gründen.

Eine konservative Antwort stärkt Wahlfreiheit. Sie entlastet Eltern im Steuerrecht, schützt unterschiedliche Formen der Arbeitsteilung und sorgt für Schulen, Wohnungen und Betreuung, auf die man sich verlassen kann. Sie spricht außerdem aus, was in vielen Regierungspapieren fehlt: Kinder sind nicht bloß ein Kostenfaktor oder ein privates Freizeitprojekt. Sie sind Zukunft.

Deutschland kann noch Jahrzehnte von vorhandener Infrastruktur, Kapital und den geburtenstarken Jahrgängen leben. Das ist Leben von der Substanz. Jede neue Geburtenzahl zeigt, wie schnell sie schwindet. 1,32 ist kein Grund für Panik. Es ist ein Grund, die bequemen Antworten zu beenden.

KOMMENTAR / KINDERGELD

Vier Euro sind keine Familienoffensive

Das Kindergeld stieg 2026 auf 259 Euro. Das ist korrekt. Eine familienpolitische Wende ist es nicht.

REDAKTION / 12. JULI 2026

Das Kindergeld beträgt seit Januar 2026 monatlich 259 Euro je Kind. Im Vorjahr waren es 255 Euro. Eine Kürzung findet nicht statt. Diese Feststellung ist keine Gefälligkeit gegenüber der Regierung, sondern eine Frage publizistischer Hygiene.

Die Erhöhung um vier Euro ist dennoch ein bemerkenswert kleines Signal. Familien erleben höhere Preise für Wohnen, Energie, Lebensmittel und Mobilität. Vor diesem Hintergrund ist die neue Summe kein Aufbruch, sondern eine Fortschreibung. Man sollte sie weder zur Kürzung umdeuten noch zur Offensive aufblasen.

Die Versuchung zur Übertreibung ist auf beiden Seiten groß. Die Opposition erzielt Aufmerksamkeit mit einer angeblichen Kürzung. Die Regierung verkauft eine minimale Anpassung als Entlastung. Beides verdeckt die eigentliche Frage: Welche dauerhafte Belastung trägt eine Familie, und welche Freiheit bleibt ihr nach Steuern, Abgaben und Fixkosten?

Der richtige Bürokratieabbau

Richtig ist die geplante antragslose Auszahlung. Zunächst sollen weitere Kinder von Eltern erfasst werden, die bereits Kindergeld beziehen. Später soll das Verfahren unter Voraussetzungen auch für erste Kinder gelten. Das Bundesfinanzministerium rechnet mit rund 300.000 Erstanträgen pro Jahr, die künftig entfallen könnten.

Das ist vernünftige Verwaltung. Der Staat kennt die Geburt eines Kindes, vergibt eine Steueridentifikationsnummer und verfügt häufig bereits über die nötigen Daten. Eltern sollten dieselbe Information nicht ein weiteres Mal in ein Formular übertragen müssen. Bürokratieabbau beginnt dort, wo ein Antrag tatsächlich verschwindet - nicht dort, wo er lediglich digital aussieht.

Familienpolitik ist mehr als eine Überweisung

Kindergeld kann laufende Ausgaben abfedern. Es löst aber weder das Wohnungsproblem noch Unterrichtsausfall, Betreuungsengpässe oder die steuerliche Belastung von Familien. Wer Familiengründung erleichtern will, muss Verlässlichkeit herstellen: bei Einkommen, Betreuung, Bildung und der Freiheit, Erwerbs- und Sorgearbeit selbst aufzuteilen.

Dazu gehört ein Staat, der Eltern Zeit lässt, statt jede Lebensphase nach maximaler Erwerbsquote zu bewerten. Dazu gehören Schulen, deren Leistung nicht vom Wohnort abhängt, und ein Steuerrecht, das familiäre Verantwortung nicht wie eine private Liebhaberei behandelt.

Die Regierung darf sich die antragslose Auszahlung anrechnen lassen. Sie sollte daraus nur keine Heldengeschichte machen. 259 Euro sind korrekt. Vier Euro mehr sind willkommen. Eine Familienoffensive erkennt man daran noch lange nicht.

KURZ UND EINGEORDNET

Die Woche in fünf Punkten

Was wichtig ist - und was daraus folgt.

01**PFLEGEGRAD 1****Beratung ersetzt keine Entlastung**

Der Entlastungsbetrag von 131 Euro soll entfallen. Prävention hilft, ersetzt aber nicht jede praktische Unterstützung im Alltag.

02**HÄUSLICHE PFLEGE****Halbe Leistung zur schwierigsten Zeit**

Neu Eingestufte in Pflegegrad 2 oder 3 sollen drei Monate lang nur die Hälfte des neuen Entlastungsbudgets erhalten.

03**ALTERSSICHERUNG****Verantwortung wird im Alter abgewertet**

Künftige Rentenbeiträge für pflegende Angehörige sollen auf 70 Prozent der bisherigen Beträge begrenzt werden.

04**FAKTCHECK****Kindergeld wird nicht gekürzt**

Seit Januar 2026 sind es 259 Euro je Kind. Ab 2027 soll die Auszahlung schrittweise ohne Antrag möglich werden.

05**DEMOGRAFIE****1,32 Kinder je Frau**

2025 wurden 654.241 Kinder geboren - so wenige wie in keinem Jahr der Nachkriegszeit.

STREIT DER WOCHE

Der Alarm ist belegt. Die Prognose nicht.

Maximilian Krah verband den Geburtenrückgang im Bundestag zu Recht mit der Stabilität umlagefinanzierter Sozialsysteme. Seine Prognose von einem Kind je Frau bis 2030 ist im aktuellen Destatis-Material jedoch nicht belegt. Der amtliche Befund von 1,32 ist ernst genug.

DIE LEITFRAGE

Was muss Deutschland ändern, damit Familiengründung wieder als Aufbruch statt als Risiko erlebt wird?

QUELLEN UND GRUNDLAGEN

Stand: 12. Juli 2026. Die Titelgeschichte behandelt einen Referentenentwurf, kein bereits geltendes Gesetz.

1. Bundesgesundheitsministerium: Fragen und Antworten zum Referentenentwurf des Pflegeuordnungsgesetzes , Stand 5. Juni 2026.
2. Bundesgesundheitsministerium: Referentenentwurf des PNOG , 4. Juni 2026.
3. Statistisches Bundesamt: 5,7 Millionen Pflegebedürftige zum Jahresende 2023 , 18. Dezember 2024.
4. Bundesgesundheitsministerium: FAQ zum PNOG-Referentenentwurf , Juni 2026.
5. Statistisches Bundesamt: Geburtenziffer 2025 bei 1,32 Kindern je Frau , 1. Juli 2026.
6. Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 21/77 , Seiten 51-60, 7. Mai 2026.
7. Bundesagentur für Arbeit: Kindergeld steigt ab Januar 2026 , 4. Dezember 2025.
8. Bundesfinanzministerium: Kindergeld wird künftig ohne Antrag ausgezahlt , 9. Juli 2026.

DER SONNTAGSBRIEF

JEDEN SONNTAG. EIN KLARER STANDPUNKT.

Leitartikel. Analysen. Kommentar. Zahlen.

Klar im Standpunkt. Sauber in den Fakten.

KONSERVATIVE **ZUKUNFT**

FAMILIE / VERANTWORTUNG / HEIMAT / FREIHEIT

